

sociation for Regional Cooperation' (SAARC) ein größeres Gewicht zufallen. Auf dem SAARC-Gipfel 1995 in Neu-Delhi wurde erstmals offiziell darüber debattiert, auch die bilateralen Konflikte, die bislang ausgeklammert sind, zum Gegenstand der Beratungen zu machen. Vor allem die kleineren südasiatischen Staaten beklagen, daß der Kaschmirkonflikt auch die Fortschritte in der SAARC behindert, zum Schaden der gesamten Region. Regionale Verhandlungen nach dem Vorbild der früheren 'Konferenz für Sicherheit und Zusam-

menarbeit in Europa' (KSZE) könnten hingegen mit Hilfe von vertrauensbildenden Maßnahmen, die von den Mitgliedsländern der SAARC überwacht werden, bestehende Konflikte entschärfen. Nur dadurch könnte langfristig der ressourcenverschlingende Rüstungswettlauf in der Region eingedämmt und die für die Entwicklung der Region so dringend benötigte Friedensdividende freigesetzt werden.

(Dr. Christian Wagner ist Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Moderner

Orient, Berlin. Der Artikel ist die gekürzte Version des Beitrags "Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasiens", Rostock 1995 - Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 2 -. Der vollständige Artikel kann bezogen werden über: Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle, Wissenschaftspublizistik, A.-Einstein Str. 23, 18051 Rostock. Zu diesem Beitrag siehe auch 'Südasiens', 4-5/95, S. 27 und 30).

Zur Rolle der Armee in Politik und Gesellschaft

von Jorge Scholz

Gerade noch rechtzeitig ist es den pakistanischen Behörden offenbar gelungen, einen unmittelbar bevorstehenden Militärputsch gegen die Regierung von Premierministerin Benazir Bhutto zu vereiteln. Wie die pakistanischen Medien erst vor kurzem meldeten, wurden bereits am 26. September mindestens 40 an der Verschwörung beteiligte Armeeeoffiziere verhaftet. In pakistanischen Radioberichten war sogar von mehr als 70 inhaftierten Militärs die Rede. Armee und Regierung hüllen sich bisher in Schweigen, so daß zumindest aus offizieller Quelle über die Hintergründe des gescheiterten Staatsstreichs wenig zu erfahren ist. Ein Regierungssprecher räumte lediglich ein, daß "einige Offiziere in Untersuchungshaft sitzen". Nach Angaben unabhängiger Zeitungen in Pakistan gilt der Kommandeur der Infanterie, Generalmajor Zahir-ul-Islam Abassi, als Kopf der Verschwörung. Ziel der aufgedeckten Rebellion war es nach diesen Berichten, ein islamisches Regime zu errichten. Bei Hausdurchsuchungen sind angeblich Redemanuskripte sichergestellt worden, die auch auf beabsichtigte "Säuberungsaktionen" gegen die Führungsriege der beiden großen Parteien 'Pakistan Peoples Party' (PPP) und 'Pakistan Moslem League' (PML) schließen lassen. Außerdem sollen die Putschisten eine Militärintervention in Kaschmir geplant haben, die unmittelbar nach der Machtergreifung starten sollte. Eine genauere Analyse und Beurteilung der Affäre ist beim jetzigen Informationsstand nicht möglich. Bedenkt man jedoch, daß Putschversuche der Militärs in der pakistanischen Geschichte ein häufiges Phänomen darstellen - es handelt sich bereits um den siebenten, wovon zwei davon (1958 und 1977) erfolgreich waren -, lohnt sich ein Blick auf die besondere Rolle der Armee in diesem noch jungen Staat.

Die herausragende soziale und politische Stellung des Militärs wird vor allem mit dem Dauerkonflikt mit Indien um Kaschmir legitimiert. Geprägt vom traditionellen britischen Korpsgeist und getragen von einem entsprechenden elitären Bewußtsein, versteht sich die Armee als die tragende Säule des pakistanischen Staates. Die permanenten innen- und außenpolitischen Krisen, aber auch die schamlose Korruption und Unredlichkeit vieler Politiker boten den Generälen immer wieder gute Gründe für die Etablierung einer Militärherrschaft, um aus ihrer Perspektive Pakistan vor Chaos und Zusammenbruch zu bewahren. Es versteht sich von selbst, daß diese Interventionen immer auch im Sinne wohlverstandenen Eigeninteresses der Sicherung von Pfründen und Privilegien dienten.

Dem gewandelten Geschmack der Weltpolitik angepaßt,

droht die Armee heutzutage lieber mit Paragraphen statt mit Panzern, um den zivilen Politikern die gewünschten Zugeständnisse und Finanzen abzurufen: Der 8. Verfassungszusatz, den Militärdiktator Zia-ul-Haq 1985 mit Hilfe eines Marionetten-Parlaments in die heute noch gültige Verfassung einrücken ließ, bietet der Armeeführung ein geeignetes Instrumentarium, um aus dem Hintergrund über den Präsidenten unliebsame Regierungen jederzeit stürzen zu können. Vorteilhaft ist dabei eine Sitzverteilung im Parlament, die keiner Partei die absolute Mehrheit garantiert, wie es derzeit der Fall ist.

Die Politik der Armee wird an erster Stelle von außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen geleitet, die fast ausschließlich auf den übermächtigen "Erzfeind" Indien ausgerichtet sind. Außenpolitisch bedeutet dies in der Praxis die Schwächung Indiens auf allen Ebenen bei gleichzeitiger Stärkung der eigenen Position, etwa durch Absicherung des Nachschubs für militärische Ausrüstung und Ersatzteile. Innenpolitisch bevorzugt die Armee eine stabile Regierung, die im Inneren für Sicherheit und Ordnung sorgt. Wirtschaftspolitisch ist den Militärstrategen an einer leistungsstarken Industrie und Landwirtschaft gelegen, um die ökonomische Basis der militärischen Absicherung gegenüber Indien zu erhalten.

Sobald innenpolitische Krisen die äußere Sicherheit gefährden, greift die Armee auch heute noch ein. Als 1991/92 die "Kalaschnikow-Kultur" in der Südprovinz Sindh und vor allem in der Millionenmetropole Karachi katastrophale Ausmaße annahm, reagierten die Militärs mit einer großangelegten Offensive, einer Quasi-Besetzung. Mit Waffengewalt konnte so zumindest vorübergehend ein Rückgang der millitanten Auseinandersetzungen im Sindh durchgesetzt werden. In den Metropolen Karachi und Hyderabad entpuppte sich die Militäroperation zum einseitigen Kesseltreiben gegen die Partei der urdusprachigen Mohajirs, die 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM), die 1983 mit dem Wohlwollen der Generäle gegründet worden war, um die PPP von Benazir Bhutto in ihrer Hochburg Sindh zu schwächen. Da jedoch die MQM bis zu Beginn der neunziger Jahre in den urbanen Zentren des Südens zur führenden politischen Kraft aufstieg, so daß sie im Einzelfall sogar das Militär herausfordern konnte, entschloß sich die Armee im Sommer 1992 zur Zerschlagung dieser Machtfülle, um in diesen Städten das vermeintlich bedrohte Machtmonopol des Staates - genauer: der Armee - durchzusetzen. Als jedoch der Konflikt in Karachi Ende letzten Jahres trotz ständiger Truppenpräsenz erneut aufflammte und die Männer in Khaki immer häufiger in den



Der 8. Verfassungszusatz, den Militärdiktator Zia-ul-Haq 1985 mit Hilfe eines Marionetten-Parlaments in die heute noch gültige Verfassung einrücken ließ, bietet der Armeeführung ein geeignetes Instrumentarium, um aus dem Hintergrund über den Präsidenten unliebsame Regierungen jederzeit stürzen zu können.

Kugelregen der Terroristen und wegen massiver Menschenrechtsverletzungen in das Kreuzfeuer der Kritik gerieten, blies die Generalität im Dezember 1994 zum überstürzten Rückzug in die Kasernen und überließ die Stadt ihrem Schicksal. Um Ruf und Ansehen der Institution Armee vor weiterem Schaden zu bewahren, nahm man das nachfolgende und von sämtlichen Beobachtern prophezeite Blutbad mit mehreren hundert Toten in wenigen Wochen bewußt in Kauf. Dennoch behielt die Armee das Krisenmanagement des Karachi-Konfliktes zumindest auf personeller Führungsebene fest in der Hand. Prominentestes Beispiel für die subtile Personalpolitik der Streitkräfte ist der frühere Militärkommandant von Karachi, der fast über Nacht zum Polizeichef der Metropole mutierte. Zahlreiche, ebenfalls in den Polizeidienst gewechselte "Militärberater" unterstützten ihn bei seiner Aufgabe, aus behäbigen Streifenpolizisten schlagkräftige Anti-Terror-Einheiten zu formen. Da trifft es sich gut, daß ihr oberster Dienstherr, Innenminister Naseerullah Babar, ein Ex-General und hochdekorierter Karachi-Veteran ist.

Daß das demokratische Prinzip vom Primat der Politik auch sieben Jahre nach dem Untergang des letzten Militärregimes in Pakistan keine Gültigkeit besitzt, läßt sich auch daran ablesen, daß mittlerweile in den Provinzen alle Gouverneursposten mit hohen Offizieren im Ruhestand besetzt sind. Auch in anderen Politik- und Geschäftsbereichen besetzen pensionierte Spitzenmilitärs Schlüsselpositionen, sei es in der staatlichen Schwer- und Atomindustrie, in den staatseigenen Energiekonzernen, im öffentlichen Transportwesen oder im diplomatischen Dienst (der gegenwärtige Botschafter in Bonn, Asad Durrani, ist ebenfalls ein Ex-General und früherer Chef des militärischen Geheimdienstes ISI).

Vor allem die Verquickung mit der Wirtschaft des Landes garantiert der Armee auch in einem formal demokratischen

System Macht und Einfluß. Zum einen stellen die drei Teilstreitkräfte mit zusammen 580.000 Soldaten, zu denen noch 270.000 Mann in paramilitärischen Einheiten kommen, schon an sich einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Zum anderen besitzt die Armee mit der Fauji Foundation eine finanzstarke Stiftung zur Versorgung ihrer Angehörigen, die mit dem angesammelten Kapital für Pensionen und Sozialleistungen inzwischen in den Kreis der großen Industriekomplexe des Landes aufgerückt ist. Außerdem schanzten sich viele hohe Offiziere im südlichen Punjab und nördlichen Sindh durch neue Bewässerungsprojekte gewonnenes Ackerland zu und etablierten sich in der Region als Großgrundbesitzer. Gefahr droht dem pakistanischen Machtzentrum Armee derzeit nur aus den eigenen Reihen. Der Kreis der jüngsten Verschwörung, die sich dem Vernehmen nach auch gegen das derzeitige Oberkommando mit Generalstabschef Abdul Waheed an der Spitze richtete (nach Recherchen pakistanischer Journalisten war für den 30. September während einer Sitzung des Generalstabes in Rawalpindi ein Attentat geplant), soll beste Verbindungen zu führenden islamistischen Politikern in Pakistan selbst, aber auch zu islamistischen Terrorgruppen in Afghanistan und Kashmir unterhalten haben. Einige der Putschisten sind für ihre streng islamische Gesinnung bekannt. Bedenkt man, daß die pakistanische Armee traditionell westlichen Werten, Lebens- und Denkweisen durchaus aufgeschlossen gegenübersteht, so läßt der Putschversuch darauf schließen, daß dieser Grundkonsens aufgrund ideologischer Flügelkämpfe auf dem Spiel steht. Paradoxerweise ist auch dies ein Erbe der letzten Militärdiktatur, denn Zia-ul-Haq war es, der den Islamisten mit der systematischen Rekrutierung von Absolventen der theologischen Hochschulen die Armee öffnete. Heute zeigen sich deshalb erstmals Risse in dem einst monolithischen Machtblock.